

# Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund  
Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie  
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 Mark im Vierteljahr. — Verlag: Schriftleitung und Verlagsstelle: Charlottenburg 1, Brahestraße 2-5. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647

Nummer 23

Berlin, den 9. Juli 1927

2. Jahrgang

## Aufsteigende Wirtschaft.

Noch während des Vorjahres waren die Aussichten der Wirtschaft trostlos. Der letzte Winter brachte noch einmal eine heftige Verschärfung der Krise. Aber mit dem Frühjahr besserte sich die Lage in einer ganz unerwarteten Weise. Noch kann man nicht von einer völligen Ueberwindung der Krise sprechen, aber die Lage ist schon günstiger, als man noch vor kurzer Zeit zu hoffen wagte und es besteht begründete Aussicht, daß die Besserung weiter anhält.

Die für die Arbeiterschaft erfreulichsten Folgen des Wirtschaftsaufstieges waren die Abnahme der Arbeitslosigkeit um mehr als zwei Drittel gegen Jahresbeginn und eine, wenn auch nur geringfügige Steigerung der Löhne. Die Zunahme der Produktion läßt sich nicht in genauen Zahlen feststellen. Wir haben in Deutschland wie auch anderswo noch immer eine sehr lückenhafte Produktionsstatistik. Die Unternehmer lassen sich hier so ungern in die Karten sehen, wie in ihre Steuerlisten, deren Offenlegung sie bis jetzt zu verhindern wußten. Doch läßt sich aus einzelnen erfassten Gebieten mit ziemlicher Sicherheit auf die allgemeine Bewegung schließen. Am deutlichsten muß sich eine Produktionssteigerung im Güterverkehr der Eisenbahn auswirken, der auch eine starke Zunahme erfahren hat. Während der Personenverkehr gegen 1926 wenig gestiegen ist, liegt der Güterverkehr der Reichsbahn weit über dem Stand des Vorjahres und hat auch in der letzten Berichtswache wieder zugenommen. Weiterhin ist ein steigender Kohlenbedarf ein Kennzeichen aufstrebender Wirtschaft. Die Belegung des deutschen Bergbaues hat allerdings schon Mitte vorigen Jahres nach dem Ausbruch des englischen Bergarbeiterstreiks eingekehrt. Nach dessen Beendigung trat aber nicht der erwartete Rückschlag ein, sondern der Inlandmarkt war imstande, die gestiegene Produktion fast reiflos aufzunehmen. Wachsende Produktion und steigendes Einkommen ließen auch die Steuerquellen reicher fließen, verminderten dagegen manche Ausgaben, wie besonders für die Erwerbslosenfürsorge, so daß sich auch die finanzielle Lage des Reiches gebessert hat.

Auf anderen Gebieten der Wirtschaft scheint die allgemeine Belegung zu widersinnigen Folgen zu führen. Seit Einsetzen der Besserung wurde der Außenhandel Deutschlands stark passiv, d. h. die Einfuhr übertraf beträchtlich die Ausfuhr, obwohl die Erzeugung im Inland gestiegen war. Die Erklärung liegt in dem größeren Rohstoffbedarf der Industrie, den Deutschland größtenteils aus dem Ausland decken muß, und dem steigenden Wohlstand, der eine erhöhte Einfuhr von Lebensmitteln und Luxuswaren ermöglicht. Ein anderes, scheinbar der Besserung widersprechendes Zeichen war der Börsenkrach im Mai, der den Wert der Aktien und auch der leitendsten Wertpapiere stark drückte. Dieser Rückschlag war dadurch verurteilt worden, daß beträchtliche Summen, die an der Börse zu Spekulationszwecken verwendet wurden, der Industrie zufließen, die bei ihrer Belegung nicht nur mehr Kohle und Rohstoffe braucht, sondern auch alles flüssige Geld an sich zu ziehen sucht. Die Geldverknappung führte dann auch zur Erhöhung des Zinses.

Die Reversoite einer aufsteigenden Wirtschaft sind die steigenden Preise. Vielfach spricht man erst dann von einer Konjunktur, wenn die Preise anziehen. Die Arbeiterschaft kann zwar in diesen Zeiten Lohnverhandlungen durchsetzen, die aber immer wieder von den steigenden Preisen eingeholt werden, so daß sich das Spiel, das wir zur Zeit der Inflation im großen kennenlernten, im kleineren Ausmaß wiederholt. Man kann man feststellen, daß die Preise diesmal nicht im üblichen Ausmaß anziehen sind, wenn man die Miete ausnimmt, die durch eine reaktionäre Reaktion willkürlich erhöht wurde. In den Vereinigten Staaten prägt sich diese Entwicklung noch viel deutlicher aus. Dort sinken die Preise trotz heftiger Wirtschaftslage, der Reallohn steigt also rasch an. Man hat den lächerlichen Versuch gemacht, diesen Zustand als eine Depression zu bezeichnen, nur wegen der sinkenden Preise. Man könnte mit einer solchen Art von Depression auch in Deutschland einverstanden sein. Es ist auch nicht einzuwenden, daß es uns nicht gelingen soll, die gleiche Entwicklung zu erreichen. Ihre Voraussetzung ist steigende Massenkaufkraft, damit die größere Produktion auch abgesetzt werden kann und nicht mehr in unglaublichem Widerstand die kapitalistische Konjunktur der Ueberproduktion erliegt. Sehung, der Massenkaufkraft wird nur eine geschlossene dafür kämpfende Arbeiterschaft erzwingen. Die Gewerkschaften haben verhindert, daß während der letzten Krise die Löhne auf einen Tiefpunkt sanken. Je mehr die Verbände sich festigen und vergrößern, um so sicherer können sie auch dafür sorgen, daß die Arbeiterschaft einen größeren Anteil an der Produktion erhält.

G. Heidenreich.

## Die Arbeiterlöhne müssen erhöht werden.

Die Gesellschaft für Soziale Reform hält alljährlich eine Tagung ab und behandelt dort stets bestimmte aktuelle Thematiken. Sie läßt sie von allen Seiten gründlich beleuchten. Die Wissenschaft gibt dazu ihre Meinung kund. Die organisierten Arbeiter lassen durch bekannte Gewerkschaftler ihren Standpunkt vertreten, und die Arbeitgeber bringen ihre Argumente vor.

Auf der diesjährigen Tagung in Hamburg befaßte sich die Gesellschaft für Soziale Reform mit den großen Problemen der sozialen Kämpfe, und behandelte als ersten Tagesordnungspunkt das für die Arbeiterschaft sehr wichtige Problem: Die Wirkung von Lohn erhöhungen auf die Kaufkraft und den inneren Markt.

Der erste Vortragende Professor Lederer, Heidelberg, kam zu dem Ergebnis: Aus dem Entwicklungsprozeß der modernen Wirtschaft ergibt sich, daß die Löhne gesteigert werden müssen, um die Kaufkraft zu erhöhen. Auch der folgende Redner, Professor Dr. Brauer, Karlsruhe, verlangte eine durchgreifende Erhöhung, die im Lohnneinkommen sichtbar wird, weil die fortschreitende Rationalisierung keine Senkung der Warenpreise brachte. Er stellte auch als Wissenschaftler fest, daß bei der Rationalisierung die Arbeiterschaft die Opfer brachte. Der Vertreter der Arbeitgeberverbände gab das mit der Einschränkung zu, daß auch die Unternehmer durch die Rationalisierung belastet wurden.

Die Meinung der freien Gewerkschaften brachte der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes, Genosse Fritz Tarnow, zum Ausdruck. Seine Ausführungen lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

Als Vertreter der freien Gewerkschaften begrüße ich mit Vergnügen, daß die beiden Redner heute von ihrem wissenschaftlichen Standpunkt aus zu denselben Schlussfolgerungen gekommen sind, die in den Gewerkschaften aus unserer praktischen Arbeit schon lange gezogen werden sind. Eine weitverbreitete laubläufige Auffassung ist, daß wir ein armes Volk seien. Mehr arbeiten, weniger verbrauchen, das ist der Lehrsatz, der uns immer wieder gepredigt wird. Das scheint ungeheuer einleuchtend, ist aber ein Irrtum und darin begründet, daß man meint, der Verbrauch erfolge vom Besitz. In Wirklichkeit leben wir nicht vom Besitz, sondern von der laufenden Arbeit. In der Nachkriegszeit hat man eine Anstaltschule künstlich aufrechterhalten. Aus der letzten Betriebszählung hat sich ergeben, daß die deutschen Produktionskräfte riesig angewachsen sind, aber noch immer heißt es, wir seien ein armes Volk. Was uns beschäftigt, ist nicht ein Problem der Produktion, sondern das der Verteilung. In den letzten Jahren haben in der Verteilung Falschleitungen stattgefunden.

Man muß endlich erkennen, daß die entscheidende Konsumkraft heute bei den breiten Massen liegt. Wenn es uns nicht gelingt, die Kaufkraft der Massen weiter zu steigern, dann weiß ich nicht, wohn mit der gesteigerten Produktivität. Die Anstaltschule muß verschwinden. Die verdamnte Bedürfnislosigkeit der Massen ist zu einem Aushub geworden. Die Gütererzeugung wächst schneller als der Mensch. Wir brauchen nur die Entfesselung der produktiven Kräfte vorzunehmen und wir haben die Güter, die wir brauchen. Eine Rationalisierung, die nicht zu einer Steigerung der Kaufkraft führt, ist kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt. Die Wirkungen dieser Kaufkraft sind von den Unternehmern behindert. Vielleicht kommt auch bei uns einmal die Zeit, wo das Unternehmertum zu der Ueberzeugung gelangt, daß hohe Löhne der wichtigste Antriebsmotor für die Wirtschaft sind. Es wäre ungeheuer viel für die deutsche Wirtschaft gewonnen, wenn das deutsche Unternehmertum fünf Minuten früher zu der Erkenntnis kommt, als es dazu durch die Wucht der Tatsachen gezwungen wird.

## Stand der Arbeitslosigkeit.

Wohl haben sich die wirtschaftlichen Verhältnisse gegenüber dem Vorjahr gebessert, aber es bleibt immer noch eine beträchtliche Zahl Arbeiter ohne Beschäftigung auf der Straße liegen.

## Arbeitsgerichtsgesetz in Kraft.

Der 1. Juli 1927 ist ein Erinnerungstag für den steigenden Einfluß der organisierten Arbeiterschaft im Staat. Das Arbeitsgerichtsgesetz ist mit dem Tag in Kraft getreten. Die Bedeutung dieses Ereignisses liegt darin, daß dem Streben der Gewerkschaften Rechnung getragen wurde, für das werdende Arbeitsrecht eine eigene, abgesonderte Gerichtsbarkeit zu schaffen. Man mag zu den Dingen stehen, wie man will, für die freien Gewerkschaften bereitet der Vorgang eine Genugtuung und den Beginn einer neuen Ära in der Arbeitsgerichtsbarkeit. Selbstverständlich war es nicht möglich, bei den gegenwärtigen politischen Rechtsverhältnissen im Reich und in den Ländern eine für den Augenblick zufriedenstellende Lösung der ganzen Frage im Sinne der Bestrebungen der freien Gewerkschaften zu finden. Aber daß schon dieser Fortschritt erreicht wurde, ist ein Vorteil gegenüber den bisherigen Verhältnissen.

Die Einteilung der Arbeitsgerichte auf die Gebiete der Amtsgerichte oblag den Landesbehörden. Dabei versuchten die Gewerkschaften das Ziel, möglichst mehrere Amtsgerichtsbezirke zum Gebiet eines Arbeitsgerichts zusammenzufassen, um alle großen Versplitterung und Verzettelung zu vermeiden. Die Landesbehörden kamen den Wünschen aber nur teilweise nach. Preußen verfuhr so, daß auf durchschnittlich vier bis fünf Amtsgerichtsbezirke ein Arbeitsgericht kam, und schuf insgesamt 227 Arbeitsgerichte für sein Staatsgebiet.

Im ganzen Reichsgebiet wurden 525 Arbeitsgerichte gebildet und außerdem 79 Landesarbeitsgerichte. Dazu kommt noch ein Reichsarbeitsgericht.

Wie hoch sie noch ist, erfährt man aus der folgenden Zusammenstellung:

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge betrug am 15. Juni 1927 rund 597 000 (männlich 450 000, weiblich 118 000) gegenüber rund 648 000 (männlich 523 000, weiblich 125 000) am 1. Juni 1927 und 743 000 (männlich 603 000, weiblich 140 000) am 15. Mai 1927. Der Rückgang in der Zeit vom 1. bis 15. Juni 1927 beträgt also rund 50 000 = 7,7 Prozent. Die Zahl der Ruchlagsempfänger (unterstützungsberechtigte Familienangehörige) ist im gleichen Zeitraum von 726 000 auf 664 000 gesunken, um 62 000.

Auch die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge ist in der Zeit vom 15. Mai bis 15. Juni 1927 zurückgegangen, und zwar um weitere rund 18 000. Ihre Gesamtzahl betrug am 15. Juni 1927 noch rund 208 000 (männlich 167 000, weiblich 41 000) gegenüber 226 000 (männlich 182 000, weiblich 44 000) am 15. Mai 1927.

Die Gesamtzahl der unterstützten Arbeitslosen zeigt demnach wieder einen erfreulichen Rückgang. Sie hat sich in der Zeit vom 15. Mai bis 15. Juni 1927 von 969 000 auf 806 000, also um rund 163 000 = 16,8 Prozent verringert.

Eine weitere Nachricht besagt:

Auch in der letzten Berichtswoche Ende Juni hat sich nach den Berichten der Landesarbeitsämter die Erwerbslosigkeit weiter gelockert, allerdings in verringertem Maß. Die Abnahme beruht in der Hauptsache auf verstärkten Anforderungen seitens der Landwirtschaft. Des weiteren wird sie besonders vom Baugewerbe und seinen Hilsgewerken, von der Textilindustrie, der Metallverarbeitung und vom Maschinenbau getragen. Dagegen hält im Bekleidungs-gewerbe wegen des Saisonabchlusses die leicht rückläufige Bewegung an.

Man kann die noch vorhandenen Erwerbslosen im geringen Maße als Krisen-, in der Hauptsache jedoch als Rationalisierungsoffer bezeichnen.

## Steigerung der Lebenshaltungskosten.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Bedarf) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats Juni auf 147,7 gegen 146,5 im Vormonat. Sie ist sonach um 0,8 Proz. gestiegen. Die Steigerung ist im wesentlichen auf eine Erhöhung der Ernährungsausgaben zurückzuführen, die bis auf Milch und Milcherzeugnisse eine aufwärts gerichtete Tendenz aufweisen. Die Indexziffern für die einzelnen Gruppen betragen (1913/14 = 100): für Ernährung 152,8, für Wohnung 115,1, für Heizung und Beleuchtung 140,4, für Bekleidung 156,4 und für den sonstigen Bedarf einschließlich Verkehr 133,3.

Dadurch werden die paar Pfennige Lohnverhöhung wieder illusorisch gemacht. Da in den meisten Fällen die Wohnungsmieten in der Praxis weit über den Sätzen der Reichsindexziffer liegen und auch sonst große Mängel in den Feststellungen enthalten sind, sieht die Wirklichkeit für die Arbeiterschaft noch viel schlechter aus, als die Indexziffern erkennen lassen.

## Annahme des Streikbrechergesetzes.

Mit 354 gegen 139 Stimmen ist das englische Streikbrechergesetz vom Unterhaus angenommen worden. Die Vorlage geht nun an das Oberhaus, dessen Tory-Mehrheit ohne Zweifel dafür sorgen wird, daß es ungefähr in der jetzigen Form in Kraft tritt. In einem Leitartikel zur Annahme im Unterhaus sagt der „Daily Herald“ (Tageszeitung der Arbeiter) zum Schluß: „Wie war es nötiger, einen entschlossenen Versuch zu unternehmen, um jene politische Macht zu erringen, die das ungeschickte machen kann, was nun die Tories taten, und um dafür zu sorgen, daß ihre Zukunftspläne vereitelt werden. In diesem Sinne sind zwei Dinge notwendig: eine hundertprozentige gewerkschaftliche Organisation, die imstande ist, die gesetzlichen Hindernisse des Streikbrechergesetzes zu überwinden, ferner die feste Ueberzeugung, daß die Macht des Stimmrechts dazu verwendet werden kann, aus Großbritannien ein Land zu machen, in dem das Leben für einen Arbeiter erträglich ist.“

An diesem werden als Laienrichter wirken von den freien Gewerkschaften die Genossen: Clemens Körpel, AGW.; Wilh. Bernier, Landarbeiterverband; Markus Schleiter, Holzarbeiterverband; Otto Götter, Metallarbeiterverband; Wilhelm Bernhardt, Baugewerksbund; Karl Schmidt, Fabrikarbeiterverband; Emil Nibel, Reichsbund; Hugo Nibel, Textilarbeiterverband; Rudolf Weß, Gemeinde- und Staatsarbeiterverband; Otto Kraus, Buchdruckerverband; Alfred Janssch, Bergarbeiterverband; Dr. Fritz Wirmann und Dr. Fritz Schröder vom AFD.

## Rumänien übertrumpft Italien.

Das offizielle Mitteilungsblatt des Internationalen Gewerkschaftsbundes: „Die Internationale Gewerkschaftsbewegung“, das auf der ganzen Welt verbreitet ist und sogar anhandlos die Grenzen Italiens passiert, wurde kürzlich, soweit die Verbreitung in Venedig (Rumänien) in Betracht kommt, mit der Bemerkung retourniert: „Verbreitung verboten.“ Der AFD hat sich hierauf mit dem rumänischen Ministerpräsidenten in Verbindung gesetzt, um ein Exemplar der Revue zur Einsicht beizugehen und ihn abeten, die Gründe für die Retournierung mitzuteilen. Als Antwort ging eine vom Direktor des Pressebüros der Ministerpräsidentenschaft geschickte launische Mitteilung ein, wonach die Verbreitung der Revue in Rumänien seit dem Jahre 1923 verboten sei. Man fragt sich wirklich, ob man in Rumänien an den zuständigen Stellen nicht lesen kann oder ob dieses Land, das Mitglied des Völkerbundes und des Internationalen Arbeitsamtes und damit zur Wahrung der Kooperationsfreiheit verpflichtet ist, in diesen Kreisen die schlechteste Figur schneiden will.



Soweit Professor Dr. Vershagen. Er verweist noch darauf, das deutsche Firmen dahin übereinkommen möchten, sich in ihren Produkten einander zu ergänzen und zu Absatzgemeinschaften für den amerikanischen und auch andere Märkte verbünden. Zu wünschen wäre das. Wir zweifeln jedoch, daß deutsche Fabrikannten geschäftlich so einzig werden können. Ja, wenn es eine Gemeinschaft gegen die Arbeiter herzustellen gäbe, dann würden die Betriebe alle zu einer Gemeinschaft zu bringen sein, aber so nicht.

Die Verhältnisse der Einfuhr von Porzellan nach den Vereinigten Staaten Amerikas ergibt nun folgendes Bild nach dem Anteil der bezeichneten Länder:

	1924	1925	1926
	Dollar Proz.	Dollar Proz.	Dollar Proz.
Deutschland	8 858 126 43,4	8 885 618 39,8	8 651 172 36,9
Japan	2 891 091 32,5	2 940 118 32,1	3 664 919 36,9
Frankreich	892 076 10,6	825 724 9,1	705 7 5 7,1
Tschechoslowakei	868 080 9,7	878 186 9,6	940 771 9,8
Großbritannien	58 865 0,6	686 753 7,5	735 20 7,4
Ausere Länder	288 147 3,2	223 747 2,4	221 468 2,2

Für die Einfuhr von Porzellan und Steingut aus Deutschland wurden folgende statistischen Angaben gemacht:

	1924	1925	1926
Telox. Porzellan	8 854 825	9 137 069	9 919 418
Nicht-telox. Porzellan	7 54 885	608 967	485 195
Telox. Steingut	4 366 182	4 886 64	6 148 525
Nicht-telox. Steingut	761 407	576 506	412 780

Bei der Verteilung auf die Ursprungsländer sah die Einfuhr von dekorativem Steingut nach den Angaben der amerikanischen keramischen Gesellschaft so aus:

	1924	1925	1926
	Dollar Proz.	Dollar Proz.	Dollar Proz.
Großbritannien	3 178 937 72,7	3 308 076 67,6	3 077 957 69,8
Deutschland	380 087 8,8	551 717 11,3	732 718 14,2
Japan	8 8 857 7,8	280 893 5,7	372 016 7,2
Italien	139 438 3,1	233 311 4,8	208 217 4,1
Poland	118 765 2,7	114 999 2,4	135 858 2,6
Ausere Länder	215 589 4,9	402 068 8,2	621 704 12,1

Die Darstellungen lassen erkennen, wie sich einmal beim Porzellan die Abnahme der Menge und die Verbesserung des Preises und zum anderen beim Steingut eine Verringerung nach beiden Richtungen bemerkbar machte.

### Die ohnender Grobkampf in der Porzellanindustrie der Tschechoslowakei.

Die Unternehmer der Porzellanindustrie in der Tschechoslowakei treiben zum Grobkampf. Vor einigen Wochen sah sich unsere dortige Bruderorganisation veranlaßt, unter Hinweis auf die seit dem Abschluß des zentralen Lohnabkommens eingetretene Verleinerung der Lebenshaltung an den Arbeitgeberverband einen Antrag auf Gewährung einer Teuerungszulage zu stellen. Trotz der in den tschechischen Porzellanfabriken auch schon immer sehr mangelhaften Entlohnung wurde die Gewährung einer Zulage bräsk abgelehnt — ja, die Unternehmer lebten auch eine darüber verlangte Aussprache zwischen Vertretern der beiderseitigen Organisationen kurzweg als unzulässig ab.

Dieses herausfordernde Verhalten der Arbeitgeber veranlaßte in einer Anzahl Betriebe einige Personale, die Arbeit mit der Witterung aufzulassen, sie seien erst dann wieder zur Fortsetzung der Arbeit bereit, wenn sich die Arbeitgeber bereit erklären, mit der Arbeiterorganisation über eine Teuerungszulage zu verhandeln. Daraufhin kündigten die Arbeitgeber einen anderen Teil der Arbeiter.

Am 4. Juni richtete der Arbeitgeberverband an die Arbeiterorganisation die schriftliche Anfrage, ob der Verband vorstand in der Lage sei, den früheren Zustand wieder herzustellen und seinen Einfluß dahingehend geltend zu machen, daß die vorgenannten Kündigungen widerrufen würden. Dabei wurde der Arbeiterorganisation Vertragsbruch vorgeworfen. Weiter wurde angefordert, daß, wenn die bis zum 9. Juni erwünschte Antwort nicht die Zufriedenheit der Verhandlungsenthalte, in der durch die Anfrage gekennzeichneten Richtung zu wirken, der Planarvermittlung des Arbeitgeberverbandes am 10. Juni der Antrag auf Kündigung des Kollektivvertrages unterbreitet werde und man auch weitere Maßnahmen beschließen lasse.

In dem Antwortschreiben wendete sich die Leitung des Keramarbeiterverbandes gegen den Vorwurf des Vertragsbruchs und lehnt es solange ab, auf die Arbeiter einzumirken, die Kündigungen zurückzunehmen, bis auch der Arbeitgeberverband den berechtigten Wünschen der Arbeiter Rechnung trägt.

Die Antwort der Arbeitgeber war die Kündigung des kollektiven Lohnabkommens mit Ablauf am 2. Juli und des Rohmentarivvertrages mit Ablauf am 23. Juli. Unter dem 17. Juni bestätigte der Keramarbeiterverband den Empfang des Kündigungsschreibens und mehrte sich nochmals entschieden gegen den Vorwurf des Vertragsbruchs. Insbesondere wird bestritten, Forderungen seitens des Verbandes auf Kündigung des Arbeitsverhältnisses an einzelne Personale abzuleiten zu haben. Auch wird hervorgehoben, die Arbeiterorganisation habe immer die Beilegung der Differenzen auf dem Verhandlungsweg angestrebt und nur das Verhalten der Arbeitgeber sei an der Zuspülung schuld. Die Tatsache, daß der Arbeitgeberverband im Kündigungsschreiben den Vorwurf des Vertragsbruchs auch mit dem Hinweis auf zwei notwendige Differenzfälle in Daheim und Pilsenhammer begründet, an denen insgesamt nur 49 Malerinnen und Druckerinnen beteiligt sind, wird als Beweis dafür herangezogen, daß die Arbeitgeber frampfhaft nach einem Grund gesucht haben, bei der von ihnen schon längst gewollten Vertragskündigung, die Arbeiter als die Schuldigen hinzustellen. Das Vorgehen ist also im Ganzen. An Anbetracht des Verhältnisses der tschechischen Porzellanindustrie erscheint ein größerer Kampf kaum vermeidlich. Die Arbeiterschaft wird Mittel und Wege finden, den Gewaltmaßnahmen der Arbeitgeber wirksam zu begegnen. Die Solidarität der internationalen Porzellanarbeiterschaft ist ihnen dabei gewiß.

A. A.

### Wächst die Einsicht?

Wenn die Äußerungen des Herrn Graf Bed von Königsberg, veröffentlicht im Heft 6 des „Keramos“, Seite 213, auch unter den anderen kleinen Porzellanfabrikanten Thüringens verstanden sind und anerkannt werden, so sind sie als ein Exemplar der Einsicht zu bezeichnen. Der Fabrikant scheint es zu bemerken, daß wirtschaftlich es Teil ist, von politischen Reaktionen kommen kann. Herr Bed übt deshalb berechtigter Kritik an den politischen Taten des Reichsbürgers und seiner Regierung, deren Folgen schwere wirtschaftliche Verunsicherungen nach sich ziehen, so die Massenpreiserhöhungen, die notwendige Steuererhöhungen der Verbraucher, vor allem der großen Landwirte. Er mag sich auch nicht durch die schiefe Bewertung des „Keramos“ in der Einschätzung zu seinem Artikel: „Die der Industrie auferlegte Lohnerrhöhung“ ablenken lassen. Der Genannte schreibt nämlich: „Die Industrie und der Handel werden heftig und gedrückt wie eine Pirone, während die Landwirtschaft, genau wie vor dem Kriege, nichts mehr bezahlt. Es gibt in Thüringen Fabriken, die bezahlen lediglich den Lehrer und der im Verhältnis verhältnismäßig Steuern, während die übrigen Arbeiter, obgleich sie allerlei leisten, so auf wie frei arbeiten.“ Die Steuern der Arbeiter erwähnte Herr Bed ja nicht, er weiß und will damit sagen, daß deren Steuern schon in den Betrieben abgezogen werden. Nachdem er gegen das Ver-

fügen vom grünen Tisch aus gewettert hat, daß der Wirtschaft schadet, führt er weiter aus: „Es wäre interessant, wenn die Herren Volksvertreter mehr die Interessen des Volkes wahrnehmen und dahin streben würden, daß in diesem Punkt wieder gesunde Verhältnisse eintreten. Dazu gehört aber Sach- und Wirtschaftsentwicklungs und diese fehlt den meisten unserer Volksboten. Deshalb? Weil Politik heute in erster Linie als Geschäft, und zwar als ein sehr einträgliches ausgefaßt wird, das keine Vorbildung, keine Kenntnisse erfordert und ein bequemes Dasein sichert. Das Vergehen vom grünen Tisch, ohne maßgebende Vertreter von Industrie und Handel gehört und deren Wünsche befolgt zu haben, muß aufhören... Es wäre viel richtiger, wenn die angeblich staatsbehaltende Deutschnationale Volkspartei sich mehr für das Wirtschaftsleben interessieren würde und nicht immer mit Anträgen, die das Wirtschaftsleben schwer schädigen und damit den Staat zerstören, käme.“

Wenn Herr Bed auch nur die Deutschnationalen erwähnt, so trifft er indirekt auch die anderen politischen Mithalter, die Volksparteier, das Zentrum und die Wirtschaftsparteier, die in Thüringen und im Reich an den Schäden, die er kritisiert, schuld sind.

Koffentlich vertieft sich Herr Bed noch weiter in die politischen Vorgänge, die den Hochschulpoll für die Industrie und die große Landwirtschaft brachten und so ungeheurer preistreibend wirkten. Er hätte auch erwähnen sollen, daß die beantragte Aufhebung der Mieterschutzbestimmungen eine weitere Teuerungswelle auslösen wird. Aber sicher kommt er noch dahinter. Er deutete ja schon an, daß die bestehenden Herren Volksvertreter nicht nur Diktanden einstecken, keine Steuern auf ihren Besitz zahlen, und ihre politische Vertretung zu reinen Geschäften, wie Erhöhung der Pollsätze und bequeme Steigerung des Profits, ausüben, während andere sich schwer plagen müssen. Wir wollen hoffen, daß Herr Bed weiter bemüht ist, seine Einsicht in seinen Kreisen zu verbreiten, damit auch die Schichten einsehen lernen, daß die Taten der Reichsbildregierung nur den Reichsten der Großindustrie und Großlandwirtschaft nützen, dem größten Teil der Wirtschaft und den Arbeitermassen aber schadet. Es wird höchste Zeit, daß allmählich auch die kleinen Fabrikanten erkennen, wie mit ihnen gespielt wird.

### Berufszählungsergebnisse der Porzellan- und Steingutindustrie.

Die Berufszählung im Juni 1925 ergab für die Porzellanwarenindustrie 1256 Betriebe mit 70 818 Beschäftigten, darunter 31 781 weibliche. In der Steingut- und Majolikaindustrie wurden gezählt 110 Betriebe mit 16 902 Personen, davon waren 4651 weibliche. Außerdem sind in der Statistik noch 23 kombinierte Werke der feinkeramischen Industrie aufgeführt, in denen 2018 Personen, darunter 1039 weibliche, als beschäftigt angegeben wurden. Dazu gehören vor allem die Porzellan- und Majolikafabriken, so wie die Porzellan- und Metallwarenfabriken für elektrotechnische Artikel.

Von den 1256 Betrieben kann man rund ein Viertel als Porzellanfabriken ansprechen; der größte Teil der Betriebe sind Malereien. Nähere Angaben darüber lassen sich erst machen, wenn die Einzelergebnisse vorliegen. Da die Schätzung der Wirklichkeit nahekommt, ergibt ein Vergleich mit der Berufszählung im Jahre 1907. In diesem wurden 1579 Betriebe der Porzellanfabrikation und -veredelung festgestellt, in denen 51 785 Personen werkten. Davon galien 212 als Hauptbetriebe mit 17 556 beschäftigten Personen. Die Zahl der Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen hätte sich demnach in dem Zeitraum 1907/1925 um 19 033 Personen vermehrt.

In der Steingutindustrie waren nach der Statistik im Jahre 1907 insgesamt 48 Betriebe mit 19 104 Beschäftigten vorhanden. Die Zahl der Betriebe hat sich also um 62 vermehrt und die Arbeiterzahl um 2202 vermindert.

Da die Zahlen von 1925 uns für die Porzellanindustrie zu hoch erscheinen, da auch die Steatit- und Magnesitindustrie in der Aufstellung nicht gesondert angegeben ist, besteht die Möglichkeit, daß zur Porzellanwarenindustrie auch die Steatit- und Magnesitindustrie mitgezählt wurden. Die Angaben werden jedoch erst nachgeprüft werden können, wenn alle Einzelheiten über jede Industrie vorliegen.

Bedeutend ist, daß zur feinkeramischen Industrie die kombinierten Werke, die Porzellanwaren-, die Steingut- und Majolika- und die Steinzeugwaren-, die Kachel- und Töpferwarenindustrie und die Betriebe für Herstellung von Boden- und Wandplatten gezählt wurden. Zur Steinzeugwarenindustrie wurden 222 Betriebe mit 4315 Personen, zur Kachel- und Töpferwarenindustrie 1431 Betriebe mit 13 175 Personen gerechnet. Die Herstellung von Boden- und Wandplatten befordern 42 Fabriken mit 7983 Personen. Das ergibt für die Gruppe feinkeramische eine Beschäftigtenzahl von 116 206, davon 42 885 weibliche Personen, und die Zahl der Betriebe von 336.

Gegenwärtig werden kaum noch viel Personen in den genannten Industrien beschäftigt sein. Aber trotzdem bleibt noch eine erhebliche Organisierungsmöglichkeit für die Arbeiterschaft, wenn man rund ein Sechstel als Angestellte und selbständige Geschäftsinhaber abrechnet.

Die gewerkschaftliche Kampffront kann also noch erheblich erweitert werden.

### Die Zerschlagung der Oeffentlichkeit.

Die Porzellanfabrikanten geben sich sehr große Mühe, die kleine Lohnerrhöhung vom April dieses Jahres als treibenden Preiserhöhungsfaktor für Porzellan hinzustellen. Ein Teil der Presse ist ihnen dabei sehr gefällig und nimmt ihre Verordnung widerprüchlich entgegen. Die Lohnerrhöhung habe die Verkaufspreiserhöhung bedingt, wird widerspruchlos auch von der Sünderpresse aufgenommen, trotzdem wir nachweisen, daß die Berechnungen der Porzellanverbände mit großer Vorsicht angenommen werden müssen, weil zu stark darin angesetzt war. Auch „Keramos“ und „Glas- und Porzellanhandlung“ machen eifrig mit, trotzdem sie genau wissen, daß die Lohnerrhöhung die Folge von vorausgegangen Ursachen und trotzdem die Preiserhöhung für Porzellan ein reines Profitgeschäft weit über die Lohnerrhöhungen hinaus war. Dabei wird auch stets verwehrt, daß die gewährte Erhöhung der Löhne schon durch die Preiserhöhung vom Oktober 1925 ausgeglichen war.

Die Begründung im „Keramos“, Heft 6, da a. B. die neuerlich beschlossene Preiserhöhung nur durch die der Industrie auferlegte Lohnerrhöhung möglich bzw. notwendig geworden ist, ist ein hartes Stück bewußter Zerschlagung der Oeffentlichkeit, weil eine nachträgliche Begründung der Preiserhöhung im Oktober u. A. mit darin enthalten war, und weil auch von einem vorläufigen Vorbehalt auf ein kommende Rohstoffpreiserhöhung geschrieben wurde.

Man ersieht daraus wieder einmal, wie von jener Seite gearbeitet wird. Wenn die Arbeiterorganisation mit gleichen oder ähnlichen Mitteln arbeiten würde, da würden Entwürfsfährnisse entfallen; aber weil es von „Kochreihen“ kommt, verhält sich die große Oeffentlichkeit schweigend und nimmt die widerwärtigsten Begründungen ohne Kritik hin.

### Porzellan'abrik Fraureuth.

Schon Ende des Jahres 1925 begannen die Schwierigkeiten der Porzellanfabrik Fraureuth, u. A. in Fraureuth. Am 27. Mai 1926 wurde die Verklammerung der Geschäftsanstalt vom Amtsgericht Greiz abgelehnt. Darauf stellte die Firma den Antrag auf Konkursverföhung. Seit April vorigen Jahres steht das Werk still. Es waren schon einige Versteigerungsstermine, der letzte am 29. Juni 1927; an diesem steigerte die Gruppe Nationalbank Berlin die Fabrikanlagen nebst Vorräten auf 700 000 Mark. Die Gruppe war Mehrheitsbesitzer und Hauptgläubiger

der Gesellschaft. Die Anlagen sind fast geschenkt. Es ist beabsichtigt, eine neue Aktiengesellschaft zur Fortführung zu gründen. Leicht wird die Aufgabe des Porzellan'abrik nicht sein, denn die Fraureuthfabriken werden von anderen Firmen bedient.

Unserer Kollegenchaft in Fraureuth wäre es zu gönnen, wenn der Betrieb recht bald wieder in Gang käme. Sie haben eine böse Zeit hinter sich.

### Aus Württembergs Gefilden.

Im württembergischen Unterland, zwischen Kocher, Jagst und Neckar, sind fast alle Industriearbeiter der Baukeramische-zeugungsindustrie vertreten und damit als Organisationsgebiet für den Keramischen Bund zuständig. Die Erfolge der Organisation haben auf die teilweise recht bedeutenden Zahlen der unorganisierten Arbeiter ihren Eindruck nicht verfehlt. Die Organisation kommt in diesem Gebiet vorwärts. Dort, wo es uns nicht gelingt, die Arbeiter durch Wort und Schrift aufzuklären, sorgen die Arbeitgeber in der ihnen eigenen „Schwäbischen Gemütslichkeit“ dafür, daß die Arbeiter zu ihrem eigenen Schutz den Weg zur Organisation finden.

Die Gipsindustrie Württembergs kann sich zu einer geschlossenen Arbeitgebervereinigungs nicht zusammenschließen; wohl aber werden die Verkaufspreise, wenigstens auf dem Papier, für das Land geregelt. Einzelne Gipsindustrielle, darunter besonders die Firma Mad in Heisingen, können sich an abgeschlossene Tarifverträge und damit an ein geregeltes Arbeitsverhältnis nicht gewöhnen. Demnach sind die Arbeiter auf der Tagesordnung. Solange die Arbeiterschaft auf Ueberstundenzuschläge verzichtet, ist die Arbeit dringender, sobald aber die Arbeiternehmer den gesetzlichen Zuschlag fordern, hat der Arbeitgeber plötzlich „nur noch“ Arbeit für 48 Stunden. In dem Betrieb hat die Staatsanwaltschaft Hoff auf unsere Anzeige hin sich mit den Ueberstunden zu beschäftigen gehabt. Wir haben von vornherein nicht erwartet, daß etwa die Firma bestraft würde, weil uns die Einstellung der Justiz, besonders in industriearmen Gegenden, zu diesen Fragen nicht unbekannt ist. Die Staatsanwaltschaft in Hall hat aber in ihrem Beschluß, daß das Verfahren eingestellt sei, uns auch mitgeteilt, daß die Arbeiter ohne Druck sich zu der gutbezahlten Ueberarbeit bereit erklärt hätten. Der Staatsanwalt stellt „gutbezahlte Ueberarbeit“ in einem Betrieb fest, wo einige Tage später in einer Verhandlung wegen der Arbeitszeitverordnung auf Anfrage unseres Verbandsvertreters der Arbeitgeber selbst erklärte, für Ueberstunden seien Zuschläge überhaupt nicht bezahlt worden.

Wo mag nur der Herr Staatsanwalt seine Aufklärung von der „gutbezahlten Ueberarbeit“ herhaben? Uebrigens ist die Anzeige beim Staatsanwalt nicht deshalb erfolgt, um zu erfahren, ob die Ueberstunden gut bezahlt werden, sondern weil ein geschwindiges Verhellen des Arbeitgebers vorlag. Die Gipsarbeiter in Heisingen, wie auch in Heilbrunn, sind verhältnismäßig gut organisiert. Die Stärke der Organisation bietet im Interesse der Arbeiter mehr Schutz, als die Staatsanwaltschaft. In der Ziegelindustrie besteht der Tarifvertrag, ohne daß die Arbeitgeber sich allzu gern darauf begeben. Die Arbeiterschaft ist in den ländlichen Ziegeleien unorganisiert, mit dem Erfolg, daß ihre Löhne beträchtlich unter den Tariflöhnen liegen. Hier wird mit Hilfe des Arbeitslohnes Schmutzkonkurrenz getrieben, und liegt es im eigenen Interesse aller Ziegeleiarbeiter, dafür zu sorgen, daß durch den Beitritt zur Organisation auch die übrigen Arbeiterherangezogen werden, die Tariflöhne zu bezahlen. Unser größtes Schmerzenskind ist neben der Glasblägerei Vietriheim das Tefkonwerk in Esslingen. Das Werk ist stark vergrößert worden; aber leider sieht es mit dem Arbeiterstand außerordentlich trübe aus. Die Arbeiterschaft ist gut organisiert, mit dem Erfolg, daß es uns gelungen ist, eine Mantelarifperrung und Lohnvertrag abzuschließen. Die Firma muß erst durch die Organisation gezwungen werden, sich an die Tarifbestimmungen zu gewöhnen. Wie überall, herrscht auch hier der Zug zur Nationalisierung. Die Nationalisierung steht so an, daß durch einen Befehl an die Arbeiter bestimmte menschliche Funktionen für eine gewisse Zeit des Tages außer Kraft treten müssen. Es darf nämlich ab 2 Uhr nachmittags kein Arbeiter mehr der Arbeit aufsuchen. Wirklich ein Nationalisierungserfolg. Der aber davon abhängt, ob die Organe des Arbeiters dem Willen des Betriebsleiters folgen. Daß in dem Betrieb für die Unterbringung der Arbeiter außerordentlich mangelhaft gesorgt ist, sei nebenbei bemerkt. Mit diesen Dingen wird sich die Gewerbeaufsichtsbehörde zu beschäftigen haben. In der Glasblägerei in Vietriheim will und will es nicht gelingen, einen ordentlichen Lohnvertrag zu tätigen. Der Arbeitgeber will einen Lohnvertrag nicht; er ruht die Interesslosigkeit eines bestimmten Teiles seiner Arbeiterschaft zum Schaden der Arbeiter aus. Auch mit dem Uebeler werden wir im Laufe der nächsten Zeit zu einem Lohnvertrag kommen müssen. Zusammenfassend ist zu sagen, daß wir im württembergischen Unterland organisatorisch und sehen lassen können, und trotzdem wäre die Zahl der Mitarbeiter bedeutend größer, wenn alle Kollegen den notwendigen Ernst und Geist für Mitarbeit aufbringen könnten. Die Kachelherstellung einzelner Arbeitgeber in der Baukeramische-zeugungsindustrie tritt immer dort scharf hervor, wo die Arbeiterschaft auch nur vorübergehend gleichgültig wird. Ein Fall soll noch besonders hervorgehoben werden: Das Zementwerk in Gausingen a. N. streitet sich mit seinem Betriebsrat wegen Verewägung eines Betriebsratsgesetzes mit Kommentar herum. Die arme Firma schüttet Jahr für Jahr große Dividenden aus, aber ein Beschluß für den Betriebsrat ist eine Ausgabe, die das Geschäft an den Ruin bringt. Die Firma hat bei den Betriebsräteverbänden durch Aufstellung einer eigenen Liste den Vorzug unterzogen, die Organisation aus dem Betrieb herauszubringen. Der Erfolg war der, daß, mit Ausnahme einiger Unverweigerter, die Organisation stärker wurde, als sie vorher war. Auch hier muß uns die Durchführung des Lohn- und Tarifvertrages gekämpft werden. Die Arbeiterschaft der gesamten Baukeramische-zeugungsindustrie des württembergischen Unterlandes steht ein, daß sie ohne den Schutz der Organisation einem Arbeitnehmertum ausgeliefert wäre, das gewohnt ist, allein zu bestehen. Daß diese Gefahr nicht eintreten darf, ist Aufgabe der Arbeiterschaft selbst; der Zusammenhalt in der Organisation ist die beste Sicherung.

Geiger.

### Ziegler, hört!

In einer gut besuchten Wanderversammlung der Ziegler in Günsberg führte Kollege Haberhans, Hannover, in seinem Thema „Die Lohn- und Tarifpolitik in der Ziegelindustrie“ aus:

Arbeits- und Nachfrage regeln den Preis. Die Arbeit ist eine Ware und je größer das Angebot der Ware Arbeitskraft ist, je niedriger ist der Arbeiter genötigt, seine Arbeitskraft um jeden Preis anzubieten. Die Preise sind da, daß der Unternehmer sich seiner Machtverhältnisse recht zu bewußt ist, und wenn die Arbeitnehmer nicht endlich an dem Bewußtsein kommen, dieser Macht eine noch härtere Macht entgegenzusetzen, so werden sie stets die Unterlegenen sein. Der Unternehmer gibt nicht freiwillig etwas her. Die Konkurrenz in der Ziegelindustrie ist von der Baukonjunktur abhängig. Für das Jahr 1926 können wir sagen, daß Aufbaumaterialien getriebe wurde. 1926 waren in der Ziegelindustrie besonders trostlose Verhältnisse. In den Verhandlungen wurde man sich nicht einig und daher kam es auch, daß die Unternehmer erst im Juni jeweils kamen, mit uns einen Tarifvertrag abzuschließen. Wie die Schlichter hier einwirken, wissen wir. Erfahrungsgemäß gelten immer gewisse Erfolge als Richtlinien bei den Schlichtern, und vom Reichsarbeitsministerium erhalten sie die nötigen Vorschriften, wieweit sie zu geben haben. Ein

Neberangebot von Arbeitskräften war vorhanden und so war es erklärlich, daß man sich für niedrigen Lohn anbot. Unsere Wanderarbeiter haben das Bestreben, im Sommer zu verdienen, um im Winter etwas zu haben. In der Saison 1926 konnten von 6000 Lippern aber nur 2000 vermittelt werden. Es ist also erklärlich, daß man sich zu Löhnen anbot, die bei normalen Verhältnissen nicht möglich gewesen wären. Dadurch wurde es aber auch erklärlich, daß sehr oft der Urlaub nicht gefordert wurde und der Unternehmer erklärte, daß er auf Grund der Verhältnisse keinen Urlaub geben könne. Da, wo es möglich war, haben wir eingegriffen und auch etwas erzielt. Alle diese Momente trugen aber auch mit dazu bei, daß der Unternehmer sich vorläufig Tarifverträge abzuschließen, und so kam es, daß der Lohn 1926 10 Proz. niedriger war als der von 1925. Wir aber konnten diesen Dingen nicht ruhig zusehen, denn was wir durch Tarifvertrag hatten, konnten unsere Kollegen fordern. Die Unternehmer gaben aber kategorisch die Erklärung ab, wenn die Arbeiter den Tarif fordern, müssen wir den Betrieb schließen. Die Arbeiter haben ja auch im Winter Urlaub genug, und so sachten die Arbeitgeber keinen Tarif abzuschließen, in das in Anbetracht der Verhältnisse nirgends Lohnsteigerungen zu verzeichnen waren. In einem Kampf war nicht zu denken. Im Bezirk Celle wurden noch 45 Ft. Stundenlohn gezahlt und selbst ein Arbeitgeber der Tarifkommission schenkte sich nicht, den Tarif außer acht zu lassen. Bei den Verhandlungen verlangten die Unternehmer Verringerung und Verminderung des Urlaubs, 10 Proz. Lohnabbau, Verschlechterung des Kopf- und Logiswensens usw. Wir befanden uns also in einem ständigen Abwehrkampf und nur unserem Ehrgeiz war es zuzuschreiben, noch zu einem neuemwertigen Abschluß zu kommen. Die Einführung des Tarifes in 5 Ortsklassen war nach dem Kriege nicht zu umgehen. Trotzdem hatten wir das Bestreben, die Ortsklassen zu verringern. Die Unternehmer sind in 11 Bezirksorganisationen organisiert und neben diesen sozialen Organisationen laufen noch die wirtschaftlichen Organisationen. Der Unternehmer hat es verstanden, seine Organisation recht einheitlich auszubauen. Trotzdem ist es uns jetzt doch gelungen, 2 Ortsklassen zu streichen und müssen wir allmählich wieder zu gefundenen Verhältnissen kommen. Unsere Lohnverhandlungen haben zu einem Erfolg geführt, der nicht nur, aber annehmbar ist. Nur Lüneburg ist außer der Ortsklassenverringerung auch noch die Verringerung in die II. Ortsklasse hinzugekommen. Dabei müssen wir in Betracht ziehen, unter welchen Verhältnissen dies alles zustande gekommen ist. Einige Arbeitgeber des Lüneburger Bezirks sind schon aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten. Leider haben unsere Bestrebungen, die Tarife höher zu bringen, bei den Kollegen sehr oft kein Verständnis gefunden. Das Gesetz der Arbeitszeitverordnung stand vor der Tür. Darum haben wir auch den Kartellrat nicht gekündigt, um dadurch Verschlechterungsanträge, wie sie in anderen Bezirken zu verzeichnen waren, abzuwehren. Der Kampf um die Lebensfragen hat uns sehr viel Mühe gekostet, wenn wir beachten, daß im Rheinland für die erste Stunde 5, für die zweite 10, für die dritte 15 und für die vierte Stunde 20 Prozent gezahlt werden. Leider hat die Arbeiterschaft sehr oft noch nicht die Erkenntnis zur Organisation gefunden. Der Kleinkrieg ist aber der schwerste Kampf. Der Arbeiter steht aber täglich im Arbeitskampf, schließlich braucht der Arbeiter den Schuß der Organisation und da sollte auch jeder Ziegler zu der Erkenntnis kommen, daß nur durch die Organisation seine Lage gebessert werden kann und er nicht abseits steht und dort erntet, wo andere geerntet haben.

### Ein echter Zieglerbrief.

Am 8. Mai 1927.

Verteiler Kollege! In erster Linie die ernteliche Mitteilung: Wir geht es sehr gut und ich bin zufrieden mit meiner Arbeit. Es wird selten einen Ziegler geben, der von seinem Betrieb das gleiche berichten kann. Das ist seit meinem Fortsein von G. die dritte Arbeitsstelle. Hier verdiene ich doch ein ganz Teil mehr als dort und eine solche Treiberei ist auch nicht. Ich komme auf über 40 Mk. in der Woche.

Hier das Essen zähle ich 10 Ft. (Mittag- und Abendbrot). Das andere Zubrot koste ich mir selber. Die Schlafeneinrichtung ist sehr sauber. Schlafdecken, Laken und Bezüge werden gewaschen. Hier das Schlafen brauche ich nichts zu bezahlen.

Die Arbeit ist hier nicht so hart. Ich bin auch hier beim Gesetzen. Die Einrichtung ist aus moderner ausgestattet. Wir legen das 1600 Steine ein, denn haben wir Feierabend, meist schon abends um 1 Uhr. Andere Arbeit brauchen wir dann nicht mehr machen. Das kommt daher, weil die Arbeiterschaft hier auf Verd ist und so eine Schlarbeit existiert hier nicht wie dort.

Verteiler Kollege! Wir sind hier alle freigeschäftlich organisiert, sogar der Betriebsleiter selber. Hier wird mit offener Hand geklappt und nicht so duckmäulig wie in G. Mit Beihandlung werde ich hier Arbeit haben, und wenn damit Schluß ist, komme ich wieder nach Hause zurück.

Wenn Du aber wieder einmal nach G. kommst, dann sage den Kollegen, wie unterschiedlich die Verhältnisse in den Ziegereien sind. So die Arbeiterschaft organisiert und handhabt ist, dort stehen auch menschenwürdige Zustände, aber nicht in den Ziegereien, wo keine Organisation das heißt. Ich machte in die Organisation in G. und bei H. Dort bekamen die Arbeiter nur 11 Ft. Stundenlohn und die Unterhaltungsarbeiten haben schweineartig aus. Die Erhaltung und anschließende Bezahlung auf unserer Ziegerei haben wir nur dem Eintreten anderer Organisationen, des Arbeitgeberverbandes, zu danken, denn es wiederum ersichtlich wurde durch das Besondere des Kollegen. Hierbei die Kollegen in G. so zusammenhalten und arbeiten, dann sie können ihren Löhnen und ihre Arbeitsbedingungen werden auch besser, auch der Urlaub würde ausgenutzt.

Ich bin sehr gewiesen, als ich in diesem Betrieb mein Verhältnissen vorzeigen konnte, und hier werde ich das Vertrauen haben, der den Vertrag des Keramischen Werkes im Arbeiterschaft mitzukommen, denn ich habe die Erfahrung gemacht, daß es mit Hilfe einer Organisation ein besserer Lohn für Arbeiter ist, als ohne eine solche. Deshalb kann Du auch den Kollegen sagen, daß ich auch hier Kolleger bin und bewegen nicht zu befehlen brauche. Unsere Verhältnisse haben wir direkt im Betrieb ab und der Betrieb ist ein solches, und das ist hier die Garantie. Habe schon zwei Organisationen in H. beigetreten, in einer davon über dreiig Familien vertreten. Dort also es beste Verhältnisse. Das hat ich in D. zur Hauptkonferenz. Dort berichte eine glänzende Rede.

Da erntet auch meinen Schreien, daß es auch Ziegereien gibt, die verdienen sich ihren Arbeiter Entlohnungen zu geben. Darum können nicht auch die anderen Ziegereien die gleichen entlohnenden Arbeitsbedingungen haben, annehmbar Lohn zahlen und eine bessere Unterhaltungsarbeiten. Die Zieglerarbeiten werden viel mehr verbessern. Ich werde unterstützen und für ein besseres Arbeitsverhältnis kämpfen, denn würde es in allen Ziegereien so sein müssen, wie notwendig bei uns Mit kollektivem Geiz. Dein L.

### „Alle Kamellen“.

Herr D. Behrens, Lüneburger, seines Zeichens Fortschreiber des Reichsbundes Deutscher Zieglerinnungen, scheint wieder etwas geschlafen zu haben. Er bringt noch einmal alles das auf, was er schon schon längst gekannt hat. Am 25. April 1927 im „Kamellen“ erschienen er auf den in Nr. 12 im „Kamellen“ vom 19. März 1927 erschienenen Artikel „In die Keramische Industrie ein Handwerk“. Auch die gleichen Aussagen auf den vorgenannten Artikel und wahrscheinlich auch aus der gleichen Feder hervorgegangen, fanden bereits in Nr. 23 der „Kamellen“ vom 27. April t. J. Wir haben bereits

die darin enthaltenen Unrichtigkeiten, Verdrehungen und Verdächtigungen richtiggestellt u. zw. gekennzeichnet. Das scheint Herr D. Behrens nicht gelesen zu haben, sonst würde er nicht noch einmal alle die „ollen Kamellen“ vorbringen, die bereits widerlegt sind.

Es ist nur ein Zeichen mehr, daß mit dem Reichsbund der Deutschen Zieglerinnungen bezw. seinem Vorsitzenden, Herrn D. Behrens, eine objektive Auseinandersetzung über äußerst wichtige, auch die große Masse der Zieglerarbeit, nicht nur der Zieglermeister, beruhende Fragen nicht möglich sind. Auch jetzt wieder werden die Gewerkschaften, vor allen Dingen der Keramische Bund allerhand dunkler Absichten verdächtigt. Das beweist nur, daß Herr D. Behrens sich in eine Idee verrennt hat, von der er wahrscheinlich nicht mehr loskommt. Unsere Fragestellung, ob die Ziegelindustrie ein Handwerk ist und ob es wirklich notwendig ist, daß in der Ziegelindustrie eine handwerkliche Lehrlingsausbildung nötig ist, wird von Herrn Behrens vollständig ignoriert. Es tritt vor allen Dingen eine Erscheinung, daß Herr Behrens wahrscheinlich die neuere technische Entwicklung in der Ziegelindustrie verschlafen hat, sonst könnte er nicht Ansichten zum Ausdruck bringen, die etwas vorhinlässig anmuten. Es kommt nur eins in seinen Ausführungen zum Ausdruck, daß Herr Behrens sich als Feind der Gewerkschaften offenbart und alles Peil für die Verringerung der Lage der Zieglermeister von den Innungen erwartet. Lassen wir ihn in diesem Glauben. Die Entwicklung wird auch über die Ansichten des Herrn Behrens zur Tagesordnung übergehen.

Nur eins möchten wir Herrn Behrens raten, wenn er wieder einmal gegen andere, seinen Ansichten entgegenstehende polemisiert, die Dinge nicht nur vom Innungsstandpunkt, sondern etwas objektiver zu betrachten und mehr sachlich zu bleiben. Wir glauben nicht, daß Herr Behrens durch Verdächtigungen der Gewerkschaften und Verabreichung von Personen einen Gewinn für den Innungsgedanken buchen kann. Eine solche Methode schlägt immer zungunsten ihres Verfechters aus.

### Knappschäftsfragen.

In einer Konferenz für die Salinenindustrie, die von unserer Magdeburger Gauleitung einberufen und vor kurzem in Halle abgehalten wurde, entspann sich unter „Verdichtenes“ auch eine lebhaftige Aussprache über das Knappschäftswesen. Es kam dabei zum Ausdruck, daß die Lebertagearbeiter bei der Knappschäftsversicherung sehr schlecht abhandeln und die Knappschäfts als Sozialversicherung für die Lebertagearbeiter kaum noch anzusehen ist.

Es sei nur einer der vielen Beweise, die sich aus vorgelegten Lohnlisten ergeben, angeführt. Ein Sieder, welcher im Monat bei 260 Stunden Arbeitszeit 37 Mk. verdient, muß sich im Halberstädter Knappschäftsverein einen monatlichen Abzug allein für die Knappschäftsbeiträge von 36 Mk. gefallen lassen, hinzu kommen noch die Abzüge für Erwerbslozenfürsorge und Steuern. Nach diesem Beiträge müßte die Einreichung in die höchste Klasse erfolgen. Aber daran denkt die Knappschäfts nicht, die Einreichung erfolgt nach den neuesten Beschlüssen in Klasse IV mit einer Lohnfestlegung von 131 Mk. Selbst vom Gehalt, soziale Zulagen und Prämien werden Beiträge abgezogen. Weit Recht wurde gegen eine derartige Methode der schärfste Protest erhoben und nachgewiesen, daß es nach der jetzigen Beitragsregelung viele Arbeiter gibt, die ihrer Familie von einem Verdienst von 140 Mk. im Monat nach Abzug der Knappschäftsbeiträge, Fahrgehalt und Erwerbslozenbeiträge kaum 20 Mk. in der Woche bringen. Wie dann eine Familie leben soll, kann nicht gesagt werden, aber eins steht fest, daß in Anbetracht der niedrigen Löhne im Bergbau und den der Knappschäfts angeschlossenen Lebertagebetrieben die Arbeiterschaft die Knappschäfts nicht mehr als Sozialversicherung betrachtet. Die starke Erzeugung, welche durch die Verhältnisse in der Knappschäfts hervorgerufen wurde, kam in einem Beschluß zum Ausdruck, der von Seiten der Organisation verlangt, daß die Eisenorganisationen auf das Unannehmliche der Verhältnisse hingewiesen werden, und daß alles daran gesetzt wird, um der Existenzfähigkeit klar zu machen, warum die Arbeiterschaft der Saline ihr Auscheiden aus der Knappschäfts fordert, als Sozialversicherung wird die Knappschäfts in ihrem jetzigen Verhältnis von den Lebertagearbeitern nicht mehr annehmen.

Von Seiten der Organisationsvertreter wurde eine Prüfung der Angelegenheit, sowie Einleitung der notwendigen Schritte zwecks Verringerung angefragt.

### Unternehmerwillkür in der Terrazzo-Industrie.

Das Arbeitszeitgesetz vom 11. April 1927 scheint für die Firma Werle & Wöhlen in ihrem Werk Gerhausen nicht zu existieren. Trotzdem die Arbeiterschaft täglich neun Stunden gearbeitet hat und das Arbeitszeitgesetz am 1. Mai 1927 in Kraft getreten ist, hat die Firma bisher für die geleistete Leberarbeit keine Zuschläge bezahlt. Als sich nun die Arbeiterschaft am 25. Juni 1927 weigerte, auch am Sonnabendmorgen zu arbeiten, ohne die im Arbeitszeitgesetz vorgeschriebenen Leberstundenzuschläge zu erhalten, wurden kurzerhand in dem sogenannten weißen Steinbruch 40 Arbeiter sofort entlassen, obwohl gerade diese Arbeiter bis zum Sonnabendmorgen eine Arbeitszeit von 10 Stunden und noch mehr hinter sich hatten. Selbstverständlich ist unterdessen darüber das letzte Wort noch nicht gesprochen. Wir hoffen und wünschen aber, daß in dieser Frage mit der Firma eine Einigung erzielt wird, damit wir nicht geschnitten sind, was mit der Firma etwas einsehender in der Presse zu befrachten und die hierfür in Frage kommenden Behörden in Anspruch nehmen müssen. Daß die zurzeit bezahlten Löhne, die im Grunde bei der in diesem Werk verlangten Arbeitsleistung völlig unzulänglich sind, sei nur nebenbei bemerkt.

Nach den der Arbeiterschaft der Industrie Steine und Erden, insbesondere bei der Zementarbeitern im Mantel fassam zu zeigen, normal bei der Firma G. Schwenk in der Zementfabrik Überlingen als Betriebsleiter tätigen, ist bei der Firma Werle & Wöhlen im Werk Gerhausen als Werkmeister angetreten Herr Gaus aus Allmendingen, der es fertig brachte, bei der Firma gegenüber zu erklären, die Arbeiter seien ein herabgewandenes und zunehmensehrwürdiges Gewerbe, die nicht tun wollten und nirgends anders Arbeit bekommen würden, brachten keine Lohnsteigerung, und der Firma am Sonnabend sofort entlassen die 40 Arbeiter vom weißen Steinbruch nur zu erklären — möchten wir in diesem einseitigen Interesse bringen, etwas vorzüglicher in seinen Nebenarbeiten und etwas zurückhalten aber die Arbeiterschaft zu sein, damit wir uns nicht erweichen lassen, was sonst besonders mit der Ferien etwas einsehender und denselben zu beschäftigen. Herr Gaus scheint die Vorgänge in Allmendingen, die der breiten Öffentlichkeit noch nicht bekannt sein dürften, schon verstanden zu haben. Wir möchten daher nicht verüben, ihn dazu aufmerksam zu machen, daß wir hier noch nicht vergessen haben und sie ihm im Bedarfsfall event. in Erinnerung rufen können, und zwar mit einer Deutlichkeit, die nichts zu wünschen übrig läßt. Bis auf heute, Herr Gaus!

Die genannten in der Industrie Steine und Erden im Mantel beschäftigten Arbeiter, sowie die gesamte Arbeiterschaft anbetonten erlassen wir aber ebenso häufig wie dringend, Arbeitsangebot bei Firma Werle & Wöhlen für ihr Werk Gerhausen anzukommen, wenn vordere, Auskunft und Verbindungen beim Verband der Arbeiter Deutscherlands,

Geschäftsstelle Nlm. Karlstr. 27/2 p., einzuholen. Ich mach weiterhin darauf aufmerksam, daß bei der Firma außer der Arbeitszeitfähigkeit auch Lohnsteigerungen bestehen. Wir bitten deshalb nochmals dringend, gegenüber weiteren bei der Firma Werle & Wöhlen beschäftigten und zum Teil entlassenen Kollegen Solidarität zu üben und jedes Arbeitsangebot von der Firma zurückzuweisen, bis die bestehenden Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse erledigt sind. Arno Weiz.

### Allgemeines.

Der Pastor als Versicherungsagent. Endlich ist der Kirch der große Wurf gelungen. Die Gläubigen haben es nicht mehr nötig, sich bei „kirchenfeindlichen“ oder „konfessionell neutralen“ Unternehmen zu versichern, sondern die Evangelische Sterbevorsorge, eine Einrichtung der evangelischen Kirche, will ihren Mitgliedern und deren Anverwandten eine echt „christliche Bestattung“ sichern. Einem Bedürfnis unserer Zeit sei durch diese Gründung Genüge getan. Wirklich hat man nicht vielmehr dem Versicherungsagenten den Gewalt angetan und ihn seines wahren Zweckes entkleidet. Sondern es wird von den Verfechtern der Evangelischen Sterbevorsorge unverhohlen zum Ausdruck gebracht, daß diese „rein konfessionell-kirchliche Bestattungsversicherung“ ins Leben gerufen wurde, um der Stärkung des Einflusses der Kirche und dem Ausbau der Innere Mission zu dienen.

Die deutsche Arbeitnehmerschaft hört auf solche Schmalereien nicht, auch dann nicht, wenn sie aus „amtlichen“ Kreisblättern oder direkt von der Kanzel ertönen. Sie hat sich ein eigenes Versicherungsunternehmen geschaffen, das allerdings, um das Risiko zu gebrauchen, „konfessionell neutral“, seinen großen Dienst am Volke tut.

Rein katholische Versicherungsinstitute gab es schon mehrere; aber neuerdings wachsen auch die evangelischen in bald allen Landesteilen wie Pilze aus dem Boden. In beiden konfessionellen Lagern sind fast immer geistliche Herren bzw. kirchliche Institutionen Träger dieser Versicherungsrichtungen. Nicht selten heißt es in Zeitungsaufstellungen oder Prospekten wörtlich oder doch in ähnlicher Weise: „In jeder weiteren Auskunft sind die Pfarrämter bereit.“

Die Kirche sollte sich doch mit ihrer Tätigkeit auf ihre eigenen Gebiete beschränken und solche profanen Dinge, wie das Versicherungsgewerbe, den dazu Berufenen überlassen. Wenn aber der Herr Pastor oder der Herr Kaplan doch für ihre „evangelische“ oder „katholische“ Versicherung werden, dann muß die Antwort lauten: „Schuster, bleib bei deinen Leisten!“

### Ausschluß.

Aus der Organisation ausgeschlossen wurde das Mitteilungsblatt August Köpfer von der Geschäftsstelle Großenhain, Buch-Nummer S 11 533 472, auf Grund des § 14, Ziffer 3a des Statuts.

### Arbeitsmarkt.

Ein tüchtiger, lediger Glasmacher für Schleißen (speziell angefertigte und Denkschrift) zum sofortigen Eintritt gesucht. Meldungen an Geschäftsstelle des Fabrikarbeiterverbandes in Freiberg, Sachsen. (101)

Preuer gesucht. Ausländische Angebote erbeten an die Großherzogin, Majolika-Manufaktur Karlsruhe. (100)

Die Firma Rangak & Co., G. m. b. H., in Kaiserswalde, stellt gegenwärtig keine Glasbleichermeister, Gehilfen und Lehrlinge ein. Arbeitsangebote sind nur an den Betriebsobmann Wilhelm Faulhaber, Kaiserswalde, Kreis Nabelschwerdt, zu richten. (101)

Gewandter, möglichst lediger Unterlagsur-Freibandmaler zum sofortigen Eintritt gesucht. F. Uffrecht & Co., Neuhalbenleben. (102)

Wir suchen für sofort 1 bis 2 tüchtige ledige Schalendreher, Porzellanfabrik Kloster Beka, Kloster Beka, Kreis Schleusingen. (103)

Ein tüchtiger Feinschleifergeselle auf Meistrill, der in allem eingearbeitet ist, zugleich die Meisterstelle vertreten kann, nicht unter 20 Jahren, ledig, Lohn proportional, kann sofort antreten. (104)

Ein tüchtiger Scheibenschleifergeselle, der auch in Eden bewandert ist, ledig, kann sofort antreten. (105)

Nur Organisierte kommen in Frage. Offerten erbeten an Wilhelm Faulhaber, Kaiserswalde, Kreis Nabelschwerdt i. Schleif. (106)

2 tüchtige Maschinenmacher, über Kessel und Mok. werden gesucht durch Arbeitsnachweis Ernst Libisch, Lünen-Nord, Vorkerstr. 58 (Westfalen). (107)

Einem Glasmaler für Beleuchtungsartikel stellt ein Berliner Glasmanufaktur, Fassig & Wiese, Berlin S. 14, Kommandantenstr. 50. (108)

Gewählter Fondprüfer, welcher gleichzeitig auch im Entwurf von geeigneten Dekoren für Inn- und Ausland firm ist, wird zum sofortigen Eintritt gesucht. Modernste neue Springanlage vorhanden. Ring Glas und Keramik, F. W. Freiwaldau, Kreis Saagan. (109)

Mehrere Glasbleichergesellen auf rheinische Touren, Stil- und Aufschleiß, für sofort gesucht, durch Arbeitsnachweis für die Glasindustrie, Weiskammer, F. W. Muskauerstr. 6. (109)

Zwei Feinschleifer-Gehilfen für leichte Schleiße auf Römer und Rufen werden sofort gesucht. Arbeitsnachweis Moritz Thiemann, Ad Triburg, Langestr. 36. (110)

lediger, junger Schleifer-Gehilfe, tüchtiger Einbohrer, wird gesucht durch Krich Vortheils, Rieber-Carlmannsdorf, Post Wielau, Kreis Saagan. (111)

Junger lediger, perfekter Spriker und Schalenschnitzer sucht Stellung. Angebote unter „K. 42“ an den „Ger. Bund“. (112)

Strohhamer, tüchtiger Einbohrer, unverheiratet, 23 Jahre alt, firm in tabellosen Einbohrer, speziell in Klauen- und Tropfgläser, auch Koll- und Pulvergl., sucht geeignete Stellung. Angebote möge man richten an die Geschäftsstelle dieser Zeitung unter „K. 43“. (113)

Arbeiter suchen zwei tüchtige verheiratete Apparatschleifer, mit einem ledigen Hilfsarbeiter. Zuschriften an Arbeitsnachweis Michael Eichhammer, Steinerbrück, Post Tschobben. (114)

Junger, lediger Schleifermeister, eingearbeitet in sämtlichen rheinischen Artikeln, sucht Arbeit mit zwei oder drei Gehilfen. Angebote an V. Eichmanns, Dören, Rheinf. (115)

Stellung sucht larvalfabriker, lediger Fondprüfer, firm in Volkland, Farb- und Lithobeforen. Gelehrter Maler. Angebote unter „K. 44“ an den „Ger. Bund“. (116)

Tüchtiger, junger Maler gesucht, der den Paster eines Thermalbades in einer Steinmauerfabrik mit großer Malerei übernehmen kann. Derselbe muß in der Lage sein, ein umfangreiches Verzeichnis zu leiten und neue Kräfte anzulernen. Er muß vollständige Kenntnis der Schablonenmalerei, der Schablonen-Sprinkerei, der Aufglasmalerei und des Druckverfahrens besitzen. Steinmauerfabrik Veltan-Vordamm G. m. b. H., Werk Veltan in der Mark. (117)

Berlag: Albin Carl, Charlottenburg, Prachstr. 2-5

Verantwortlich für den Inhalt: Edwin Neuninger, Charlottenburg, Prachstr. 2-5.

Druck: C. Jantschewski, Berlin SO. 26, Stiftenstraße 28/29

In der Woche vom 3. Juli bis 9. Juli ist der 28. Wochenbeitrag fällig.